



Ein Paradies gemeinsamer Erinnerung?

Die „Sachsenzeit“ in Polen und das heutige Nachbarschaftsverhältnis an der Lausitzer Neiße in Sachsen.

Jens Boysen

König August II. (August der Starke) und König August III. im „Lebendigen Fürstenzug“, einer Nachbildung des Dresdner Fürstenzugs, beim Dresdner Stadtfest 2006

Im heutigen Europa, insbesondere in der Europäischen Union mit ihren (im Prinzip) offenen Binnengrenzen, haben die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern einen oft präzedenzlos friedlichen und konstruktiven Charakter angenommen; das gilt auch für das deutsch-polnische Verhältnis. Ohne jede Idealisierung ist festzustellen, dass seit dem Ende des Kommunismus vor beinahe 27 Jahren nicht nur die offiziellen staatlich-diplomatischen Beziehungen insgesamt stabil sind, sondern dass sich daneben über Oder und Neiße hinweg verschiedenste zivilgesellschaftliche Verbindungen entwi-

ckelt haben. Auch in politisch angespannten Zeiten haben sich diese Kontakte als krisenfest und langlebig erwiesen. Dies bedeutet allerdings zugleich – als allgemeine Entwicklung in den internationalen Beziehungen –, dass die Regierungen das Deutungsmonopol für die Beziehungen zu anderen Nationen eingebüßt haben bzw. es sich mit ihren Bürgern teilen müssen.

Generell kann man dies als einen Prozess zunehmender demokratischer Partizipation begrüßen, der freilich wie die meisten Dinge seine zwei Seiten hat. Ein Gesichtspunkt, der bei einer solchen immer weniger elitären

Form der Nachbarschaft zumindest langfristig stärker zum Tragen kommen könnte, ist das historische Gedächtnis der beteiligten Völker. Es ist zwar nicht für Fragen des alltäglichen praktischen Austauschs von Bedeutung, wohl aber dort, wo es um politische und normative Grundsatzfragen geht, die sich zumindest anteilig aus historischen Erfahrungen und deren Interpretation seitens der jeweiligen Nationen ergeben. Das Ergebnis dieser Interpretation und deren Verbreitung in der Bevölkerung wird heute meist als „Erinnerungskultur“ bezeichnet. Es handelt sich um einen komplexen Prozess, bei dem akademisch begründetes historisches Wissen so ausgewählt und in eine solche Darstellungsform gebracht wird, dass sie der nichtakademischen Allgemeinheit (Erwachsenen ebenso wie Kindern) vermittelt werden kann. Die Herausforderung besteht dabei neben der angemessenen Verwendung des didaktischen Handwerkszeugs vor allem darin zu bestimmen, welche Inhalte als wesentlich für das historische Bewusstsein des jeweiligen Volkes angesehen werden. Und diese Entscheidung hängt wiederum ganz entscheidend von den herrschenden politischen Anschauungen ab; die Politik sowie thematisch interessierte zivilgesellschaftliche Gruppen nehmen auf die Schaffung der „Erinnerungskultur“ starken Einfluss. Diese ist daher ein grundsätzlich politischer Vorgang und kann unter Umständen in Spannungen mit der akademischen Wissenschaft geraten, für die die Auswahl „relevanter“ Themen – zumindest im Prinzip – keinen politischen Vorgaben folgt. Jedoch lässt sich beobachten, dass die Bereitschaft bzw. Neigung, solche historischen Bezüge zu suchen (oder zu konstruieren), bei verschiedenen Nationen durchaus unterschiedlich ausgeprägt ist. Deutsche und Polen können in diesem Zusammenhang als die beiden Enden einer Skala angesehen werden: Während die Polen entsprechend einer distanzlos „patriotischen“ Erziehung ohne nennenswerte Hemmungen aus dem Füllhorn einer vermeintlich „sauberen“ Nationalgeschichte schöpfen, ist vielen Deutschen infolge der einseitigen Fixierung auf den Nationalsozialismus kaum bewusst, dass sie auf eine 1000-jährige Geschichte zurückblicken, die bei Anlegung gleicher Maßstäbe den Vergleich mit anderen Völkern nicht scheuen muss, ja die in vielerlei Hinsicht – und eben auch „im Guten“ – einen Dreh- und Angelpunkt der europäischen Geschichte darstellt. Und noch ein

weiteres kommt hinzu, das hier von großer Bedeutung ist: Viel stärker als in Polen und anderen Ländern hängen Identität und Bewusstsein der Deutschen nicht nur an der Nation, sondern auch an der jeweiligen Heimatregion. Hiervon zeugt schon der Umstand, dass das Wort „Heimat“ nicht übersetzbar ist und daher in viele Sprachen als Lehnwort übernommen wurde. Im Folgenden soll dies am Beispiel des Versuchs betrachtet werden, die sächsische Geschichte sozusagen als Quell positiver Energien für das heutige deutsch-polnische Verhältnis zu nutzen.

Zwischen Nation und Heimat: Wirrungen der deutschen Erinnerungskultur nach 1945

Die nationalkulturelle Identität der Deutschen hat bekanntermaßen nach 1945 schwer an der Belastung durch den Nationalsozialismus zu tragen gehabt. Besonders gravierend wirkte sich dabei die zunächst von den Besatzungsmächten, später auch von verschiedenen Gruppen in Deutschland verbreitete Ansicht aus, jenes verbrecherische Regime sei gleichsam die Quintessenz der modernen deutschen Geschichte, der unweigerliche Tief- und Endpunkt eines vermeintlich spezifischen deutschen Nationalismus sowie des „preußischen Militarismus“. Diese Sichtweise, die Deutschland zu einer Art aggressiver Insel inmitten eines ansonsten friedlich-kooperativen Europas erklärte, war weniger von einer seriösen Analyse der europäischen Sozial- und Kulturgeschichte getragen als vielmehr vor allem politisch motiviert und hatte zum Ziel, für die Zukunft die politischen Ambitionen der Deutschen – sofern überhaupt noch vorhanden – vom nationalgeschichtlichen Pfad fort- und auf eine post- bzw. supranationale Option hinzulenken. So kritikwürdig diese Manipulation des Geschichtsbildes auch ist, so hat die europäische Integration von ihr ohne Zweifel profitiert.

Zugleich förderten die Siegermächte als „Gegengift“ gegen die angebliche Fehlentwicklung des deutschen Nationalstaats ein Phänomen, das – anders als ein angeblich fataler Hang zu Krieg und Völkermord – der deutschen Geschichte tatsächlich von Beginn an eingeschrieben ist: den Föderalismus bzw. regionalen Pluralismus. Schließlich entstand das erste Reich der Deutschen im 10. Jahrhundert aus dem Zusammenschluss der ostfränkischen Stämme; und deren stolze Eigen-

art sollte auch in der Zukunft stets erhalten bleiben – nicht selten bis hin zum drohenden Zerfall des Reiches in partikuläre Einzelstaaten, was dann jeweils externen Mächten zupass kam. Auch nach 1945 wurden über die grundlegende Zäsur der Teilung Deutschlands hinaus in den beiden Teilstaaten – anfangs auch in der SBZ/DDR – die von den Nationalsozialisten liquidierten Länder wiedererrichtet, offiziell – und richtigerweise – als die traditionelle und angemessene Art der internen territorialen Gewaltenteilung, daneben aber auch als einer jener Hebel, die es den Siegermächten erlauben sollten, die Wiedererstehung einer starken deutschen Zentralgewalt zumindest zu verzögern und mit rechtlichen und politischen Bremsklötzen zu versehen.

Viele Deutsche nahmen aber selbst gern bequeme Zuflucht zu einer entnationalisierten Landes- bzw. Lokalgeschichte, die es scheinbar erlaubte, ein „unbelastetes“ Geschichtsbild zu zeichnen, freilich um den Preis der geistig-politischen Provinzialisierung. Im zunehmend – in Ost wie West – „postnational“ beeinflussten Denken der Deutschen hatten realpolitisches Denken und ein nüchterner Blick auf die Licht- und Schattenseiten aller Nationalgeschichten kaum noch Platz. An ihre Stelle traten der Rückzug ins Private, Konsumorientierung und eine gut gemeinte, aber letztlich nebulöse Tendenz zur Internationalisierung. Die vermeintlich „belastete“ Nation schien durch die Teilung Deutschlands und Europas in der historischen Versenkung verschwunden zu sein. Allerdings blieben die Deutschen mit dieser vermeintlich fortschrittlichen Haltung weitgehend allein; kein anderes Volk in Europa zeigte Neigung dazu, seine nationale Eigenart aufzugeben.

In der DDR spürte man nicht nur die äußeren negativen Folgen des Souveränitätsverlustes deutlich stärker als in der Bundesrepublik, sondern die seit 1952 vom SED-Regime betriebene Aufhebung der Länder und die systematische Verdrängung der an diesen hängenden Identitätsinhalte beraubte die Ostdeutschen eines weiteren psychologischen Ankers. Freilich wurden die für jedermann offensichtlichen landsmannschaftlichen Unterschiede im Alltag weiter ausgelebt; charakteristisch war etwa die gegenseitige Abneigung zwischen Sachsen und (Ost-)Berlinern. Nach außen hin spielten in das offiziell freundschaftliche Verhältnis zu den Bündnispartnern des Warschauer Pakts, besonders zu den polnischen und tschechischen Nachbarn, nicht nur die verdrängten

Belastungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hinein, sondern auch die dort nach dem Ende des Stalinismus immer stärker hervortretenden nationalistischen Grundlagen des Staatsverständnisses, dem allein die DDR als Teilstaat nicht folgen konnte (und aus ideologischen Gründen auch nicht wollte).

Die Wiedergeburt der ostdeutschen Länder und ihre Folgen

Die Bewegung gegen das SED-Regime und die letztliche politische Umwälzung von 1989/90 wurden nicht zufällig von einer Renaissance der Länderidentitäten begleitet. Ihren kaum zu überschätzenden Höhepunkt fand diese Entwicklung darin, dass es die wiedererstandenen ostdeutschen Länder waren, die am 3. Oktober 1990 dem „Geltungsgebiet des Grundgesetzes“ beitraten. Im so wiedervereinigten Deutschland ist der traditionelle Föderalismus wieder vollständig ausgeprägt, auch heute nicht ohne partikularistische Tendenzen, die manchmal die Funktionsfähigkeit des Gesamtstaates beeinträchtigen. Dennoch entspricht diese Struktur im Grundsatz zweifellos dem Wunsch und Willen der Bevölkerung. Damit einher ging seit 1990 eine erneute starke Betonung regionaler Eigenart bzw. des Landesbewusstseins sowohl in den innerdeutschen als auch in den auswärtigen Beziehungen, gerade auch im Rahmen des EU-Konzepts eines „Europas der Regionen“. Dabei geht es den Ländern ebenso um die Bewahrung ihrer kulturell-historischen Eigenart als auch um ganz praktische Ziele wie die Förderung von Investitionen und Tourismus.

Zu den außenpolitischen Prioritäten des wiedervereinigten Deutschlands gehörte die Vorbereitung der Osterweiterung der EU um die mitteleuropäischen Staaten, die schließlich 2004 erfolgte. Neben ökonomischen und anderen praktischen Interessen spielte dabei auch der Wunsch eine Rolle, jenen Ländern die „Rückkehr nach Europa“ zu ermöglichen, welche durch die erzwungene Zugehörigkeit zum sowjetischen Machtblock davon abgehalten worden waren. Auch wenn das hier zugrundeliegende idealisierte „Mitteleuropa“-Bild durchaus seine Schwächen hatte, lag in dieser Argumentation eine gewisse Logik; denn eine auf Westeuropa beschränkte „europäische Integration“ war ein Widerspruch in sich. Typischerweise für die deutsche Politik wurde dieser Prozess von einem Diskurs über historische Wiedergutmachung begleitet, die – im Kern durch-

aus richtig – eine gemeinsame deutsch-sowjetische Verantwortung für die Situation nach 1945 feststellte. Gerade Polen profitierte hiervon, da es 2004 auf deutsches Drängen hin trotz erheblicher Zweifel anderer EU-Staaten Mitglied wurde.

Diese europäische Dimension hat es, wie schon nach 1945 in Westeuropa, auch nach 1990 unübersehbar erleichtert, bestehende Spannungen und Vorurteile zwischen verschiedenen Völkern (nicht nur zwischen den Deutschen und Polen) zu mildern und politisch zu entschärfen. Dennoch bleiben die bilateralen Beziehungen zwischen den Nationen (und ihren Regionen) mit die wichtigste Ebene der Zusammenarbeit und Verflechtung in Europa, da sie in weit höherem Maße als „real“ und erlebbar wahrgenommen werden als die eher abstrakte „Brüsseler“ Politik. Der deutschen Politik ging es in besonderem Maße gegenüber dem Nachbarn Polen (und ebenso Tschechien) darum, historisch begründete Reibungsflächen durch die Hervorhebung positiver Elemente der langen gemeinsamen Geschichte auszugleichen und zur Basis einer konstruktiven Nachbarschaft zu machen.

Deutsche und Polen auf der Suche nach einer „guten“ Vergangenheit

Das war keineswegs einfach. Denn ohne Frage gehört Polen zu denjenigen Ländern, in denen die deutsche Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs mit am härtesten war und Millionen Opfer unter der jüdischen wie unter der nichtjüdischen Bevölkerung forderte. Von daher war nach 1945 eine stark antideutsche Einstellung des polnischen Regimes, aber auch der Bevölkerung nicht unverständlich (ohne dass sie freilich von polnischer Seite begangene Verbrechen an Deutschen rechtfertigen würde); jedoch währte der Streit zwischen den beiden Völkern um den Charakter ihrer Nachbarschaft und ihren jeweiligen „angemessenen“ Platz in Europa schon weit länger, nämlich seit dem 19. Jahrhundert. Nach den Teilungen und dem letztlichen Verschwinden des polnischen Staates 1795 bzw. 1815 suchten polnische Denker nach Wegen zur kulturellen Selbsterhaltung, die womöglich zur Grundlage für eine neue Staatlichkeit werden könnte. Dabei rang die „romantische“ – d. h. blutige und zahlreiche Opfer fordernde – Idee militärischer Aufstände mit Konzepten zur Zusammenarbeit mit jenen Mächten, deren Bürger die Polen geworden waren: Russland,

Preußen (bzw. dem Deutschen Reich) und Österreich. Der nach dem Ersten Weltkrieg neu gegründete polnische Staat setzte seinerseits auf Machtpolitik und wandte sich mit französischer Unterstützung gegen Deutschland, was auch schon vor der Machtübernahme durch Hitler eine konstruktive Nachbarschaft erschwerte. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs lagen dann nicht nur beide Länder in Trümmern, sondern auch ihre Beziehungen. Nur sehr langsam konnte eine Form der Normalisierung zwischen Polen und den beiden damaligen deutschen Staaten – in sehr unterschiedlicher Weise – erreicht werden.

Wie gesagt, suchte die deutsche Politik nach 1990 zum Ausgleich dieser belastenden Erinnerung positive, für die Zukunft anschlussfähige Epochen der deutsch-polnischen Geschichte. Den an Polen grenzenden Bundesländern, insbesondere Sachsen, wuchs bei dieser erinnerungspolitischen Offensive eine besondere Rolle zu: Sowohl die jetzige Grenzlage als auch ältere geschichtliche Bezüge sollten für eine Popularisierung der Nachbarschaft und der ihr innewohnenden Chancen nutzbar gemacht werden, unter Verweis auf positive Beispiele dieser Art in früheren Zeiten. Und anders als Preußen (bzw. heute Brandenburg), das mit Polen in vielfältigen Konflikten gelegen hat, konnte Sachsen auf einen Abschnitt seiner Geschichte verweisen, der zumindest vordergründig ein „Paradies gemeinsamer Erinnerung“ zu verheißen schien: die gemeinsame Regierung Sachsens und Polens im 18. Jahrhundert unter zwei Herrschern, die zusätzlich zu ihrer sächsischen Kurfürstenwürde die polnische Königskrone erworben hatten – August II. der Starke und August III.

„Sachsenzeit“ und „augusteisches Zeitalter“: deutsche und polnische Sichtweisen auf eine gemeinsame (?) Epoche

Dass so etwas seinerzeit möglich war, zeugt davon, wie anders die – damals noch nicht so bezeichneten – „internationalen“ Beziehungen im Europa der vornationalen bzw. vor-modernen Epoche beschaffen waren. Der seit dem Mittelalter in den meisten politischen Angelegenheiten tonangebende Adel – besonders der regierende Hochadel – war in seinem Bewusstsein sowohl Träger seiner „nationalen“ Kultur als auch europäisch ausgerichtet. Wenn es darum ging, für politische Verbindungen, Allianzen und Eheschließun-

gen (was oft ein und dasselbe war) die richtigen Partner zu finden, dann war neben finanziellen und anderen Machtmitteln vor allem die rangmäßige Ebenbürtigkeit ausschlaggebend; und diese wurde „transnational“ betrachtet. Ausländische Partner wurden sogar oft geradezu gesucht, um die eigene Machtbasis gegenüber den unmittelbaren Nachbarn zu erweitern sowie um den Frieden zwischen den „Nationen“ zu sichern. Seit den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts war für solche Verbindungen außerdem die Konfession wichtig geworden; aber hier war man oft pragmatisch, wie man am sächsisch-polnischen Beispiel gut sehen kann.

Im ihrem Stammland Sachsen regierten die Wettinerfürsten dem europäischen Standard ihrer Zeit gemäß aufgeklärt absolutistisch, d. h. sie übten eine durch aus dem Mittelalter überkommene ständische Mitbestimmungsrechte nur wenig eingeschränkte Machtfülle aus, waren dabei aber moralisch an die christlichen Werte und die von den Philosophen der Aufklärung propagierte Vernunft gebunden. Somit fand zwar keine formale Kontrolle des Fürsten statt, wohl aber eine informelle seitens der Stände und der Gebildeten. Gerade der Anspruch der Wettiner, auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, aber auch der allgemeinen ökonomischen Landesentwicklung vorbildlich zu sein, setzte sie einem hohen Erwartungsdruck aus; und jede Schwäche oder Fehlleistung konnte die Stellung des Herrschers faktisch schwächen. Tatsächlich zählte Sachsen damals auf all jenen genannten Gebieten zu den führenden Staaten sowohl in Deutschland als auch in Europa. Dieses sogenannte „augusteische Zeitalter“ – mit Fokus auf der auch emotional attraktiven Gestalt Augusts des Starken, gleichsam einem „Star“ seiner Zeit – bildet bis heute einen relativ bekannten „Erinnerungsort“ für die Sachsen; nicht von ungefähr ist gerade dieser Sachsenherrscher ein bevorzugter Werbeträger sowohl der staatlichen Standortpflege als auch der populären Kultivierung der sächsischen Eigenart gegenüber den anderen deutschen Ländern. Nicht zuletzt galt Sachsen als Führungsmacht der protestantischen deutschen Länder, die sich in den Konfessionskriegen die Gleichstellung mit dem Kaiser und den katholischen Ständen erkämpft hatten. Diese führende Stellung sollte Sachsen im 18. Jahrhundert aus zwei Gründen verlieren: dem Aufstieg Preußens und dem „polnischen Abenteuer“ der Wettiner.

Interessanterweise suchten sowohl die Hohenzollern als Markgrafen von Brandenburg als auch die Wettiner im späten 17. Jahrhundert nach einer Rangerhöhung zu Königen, um ihr Prestige und ihre Allianzfähigkeit zu steigern. Innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, in dem ihre Stellung als Kurfürsten verankert war, konnte ein solcher Aufstieg nicht erfolgen, da allein der Kaiser als deutscher bzw. römischer König sowie – als historisch begründete Ausnahme – der König von Böhmen diesen Rang beanspruchen konnten. Als Ausweg bot sich den beiden ehrgeizigen Dynastien eine Rangerhöhung außerhalb des Reiches, im Rahmen der ganz anders strukturierten „Adelsrepublik“ Polen-Litauen. Hier hatte nach dem Aussterben der Dynastie der Jagiellonen im späten 16. Jahrhundert der Adel – die szlachta – eine Wahlmonarchie durchgesetzt, um eine starke Zentralgewalt zu verhindern; anders als im Reich hatten sich aber keine Territorialherrschaften herausgebildet. Die Wahl eines neuen Königs durch die im Sejm versammelten polnischen Adligen wurde dadurch effektiv zu einem Wettlauf um die besten politischen Angebote, die höchsten Bestechungsgelder sowie – manchmal – die glaubwürdigste militärische Drohung.

Auch August der Starke setzte neben erheblichen Geldmitteln militärische Kräfte ein und wurde letzten Endes 1697 mit der Mehrheit der Stimmen des polnischen Adels zum König gewählt (vier Jahre später erlangte übrigens Markgraf Friedrich von Brandenburg mit polnischer Zustimmung die Würde eines „Königs in Preußen“). Als letztlich nicht weniger schwierig als der Wahlsieg in Polen stellte es sich aber für den Wettiner heraus, die sächsischen Stände von seiner Machterweiterung zu überzeugen. Neben den vielen praktischen Unwägbarkeiten dieses – in der Tat ungewöhnlichen – politischen Unternehmens war der größte offizielle Stein des Anstoßes die Konversion des Sachsenherrschers zum Katholizismus. So unabdingbar dieser Schritt im Rahmen der polnischen Verhältnisse war, so hart stieß er sich an dem protestantischen Selbstverständnis Sachsens. August setzte sich letztlich auch hier durch, allerdings um den Preis eines erheblichen faktischen Ansehensverlustes bei den Ständen sowie einer Beschränkung seines Handlungsspielraums in seinem Stammland und im Reich.

Immerhin führte die sächsisch-polnische Personalunion zu einer gegenseitigen Öffnung der Märkte und entsprechenden Zunahme des Handels und in der Folge einer noch stärkeren

Entwicklung der Leipziger Messe. Auch erlebten Kunst und Wissenschaft eine erneute Blüte, was allerdings – ein generelles Problem für die Popularisierung und Erinnerung dieser Epoche – nur für eine kleine Elite erlebbar war. Weiterführende Ideen vor allem Augusts des Starken für modernisierende Reformen besonders in Polen, die möglicherweise zu einer noch tieferen und dauerhaften Integration hätten führen können, scheiterten neben finanziellen Engpässen auch an den politischen Beharrungskräften in beiden Staaten. Letztlich beschränkte sich daher, vor allem unter dem weniger aktiven August III., die sächsisch-polnische Gemeinsamkeit auf eine eher oberflächliche Zusammenarbeit verschiedener Eliten. Auch wenn in jener Zeit selbst solche positiven Aspekte durchaus registriert wurden, so wurde die spätere deutsche Erinnerung daran sehr bald deutlich kritischer und in der Tat negativ. Auch dies hatte sowohl eine sächsische als auch eine gesamtdeutsche Dimension: In Sachsen wurde die Ära der sächsisch-polnischen Union zunehmend als Zeit des Niedergangs betrachtet, wegen ihrer hohen wirtschaftlichen Kosten einerseits und der gleichzeitigen für Sachsen katastrophalen Niederlagen gegen Preußen andererseits. Das „polnische Abenteuer“ galt daher ex post als unverantwortliche Vergeudung politischer und wirtschaftlicher Ressourcen. Dazu ist allerdings anzumerken, dass die politische Strategie Augusts des Starken zunächst weitgehend funktionierte; erst der Nordische Krieg und die Schlesischen Kriege führten durch den Aufstieg Preußens und Russlands zu der für Sachsen und Polen negativen Konstellation des späten 18. Jahrhunderts.

Hier liegt auch ein weiterer Schlüssel zur schwierigen Erinnerung an jene Epoche. Das friderizianische Preußen siegte bekanntlich nicht nur militärisch in den drei Schlesischen Kriegen (inkl. dem Siebenjährigen Krieg), sondern gleichsam auch moralisch, in dem Friedrich der Große – hierin Bismarck um hundert Jahre vorausgehend – die gerade entstehende „öffentliche Meinung“ in Deutschland für sich gewann, also die Intellektuellen und anders „progressiv“ Gesinnten, die von dem erstarrten Reich und der dekadenten adligen Rokokokultur genug hatten. Friedrich war zwar kein „nationaler“ Herrscher, aber im Vergleich zu seinen Standesgenossen doch unorthodox genug, um zum lebenden Träger solcher „modernen“ Zukunftsträume zu werden. Damit aber sprach der Zeitgeist auch Sachsen, als einem der bedeutendsten Sinnbilder jener spätadligen Epoche, das moralische Todesurteil. Im 19. Jahr-

hundert überwand dann der moderne bürgerliche Nationalismus zusehends die als partikularistisch empfundenen Landesloyalitäten. Die Sachsen (und andere innerdeutsche Gegner Preußens wie etwa die Hannoveraner) gerieten hier zusehends in ein Dilemma zwischen Teilstaatsinteresse und patriotischer Pflicht. Im Lichte des sich seit 1862 abzeichnenden preußischen Weges zur deutschen Einheit (der freilich von der borussischen Geschichtsschreibung zeitlich großzügig zurückverlegt wurde) erschien Sachsen immer mehr als ein Relikt der vormodernen Epoche und Bremsklotz. Und seine ehemalige „transnationale“ Verbindung mit Polen – einem Land, mit dem Preußen zunehmend in einem politischen und ideellen Konflikt lag – musste im Laufe der Zeit immer mehr als eine Verirrung erscheinen, von der so wenig wie möglich geredet werden sollte. Obwohl sich also seit dem späten 18. Jahrhundert in Sachsen wie in Polen ein ähnlich finsternes Bild Preußens etablierte, mussten die Sachsen als Deutsche dieses doch überwinden, wollten sie nicht als Verräter an der nationalen Sache gelten.

Die Polen dagegen hegten dieses Bild weiter als ein Element ihres Versuchs, politische Ohnmacht durch vermeintliche moralische Überlegenheit wettzumachen. So verband sich die innerdeutsche Entwicklung erkennbar mit der europäischen Entwicklung des modernen Nationsbegriffs. Nach den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts und den im 19. Jahrhundert zunehmenden Spannungen zwischen den deutschen und polnischen nationalstaatlichen Bestrebungen mutierte auch bei ihnen der ursprünglich neutral konnotierte Epochenbegriff „Sachsenzeit“ (*czasy saskie*) zum Synonym für nationale Pflichtvergessenheit, politischen und wirtschaftlichen Niedergang und selbstverschuldeten Machtverlust. Dies geschah aber eben auch erst, als der deutsche Einigungsprozess des 19. Jahrhunderts im Rückblick die Politik aller deutscher Staaten als ‚nationalegoistisch‘ erscheinen ließ. Dennoch blieb in Polen durch die Kontrastierung mit dem „aggressiven“ Preußen stets ein relativ freundliches Bild von Sachsen bestehen als einem „friedliebenden“, kunstsinnigen „Zivilstaat“. Dies entsprach – mit umgekehrter Wertung – weitgehend dem borussischen Bild von dem zivilistisch-verweichlichten und daher auf dem Weg zur nationalen Einigung eher unnützen Sachsen; typischerweise für das eigene Selbstbild als Opfer fremder Einflüsse verdrängte man in Polen dabei aber, dass man ideell tatsächlich jenem machtstaatlichen Preußen ähnlicher war als diesem idyllischen Sachsen.

Im heutigen Polen besteht überdies ein Unterschied der Wahrnehmung insofern, als historisches Faktenwissen in der Schule und darüber hinaus viel stärker vermittelt wird als in Deutschland; allerdings geschieht dies überwiegend positivistisch, also durch das „Auswendiglernen“ von Daten und Fakten meist ohne allzu ausgeprägte Reflexion. Dies liegt in einer populären Geschichtssicht begründet, die erstens von relativ festgefühten historischen Strukturen und Akteuren – vor allem der Nationen – ausgeht und deren Beziehungen durch die letztlich unhistorische „Brille“ des modernen Nationalismus sieht. In die gleiche Richtung zielt auch ein Großteil der sogenannten populärwissenschaftlichen Publikationen, die noch einen bedeutend größeren Leserkreis haben als die historische Fachliteratur. Im Ergebnis können daher zwar die Polen mit bestimmten historischen Stichworten tendenziell mehr anfangen als die Deutschen; es fehlt ihnen aber oft an der Distanz zum historischen Geschehen und als Folge davon an der Fähigkeit und Bereitschaft, Politik und Geschichte zu unterscheiden. Das Verhältnis zur vornationalen Epoche, und also die entsprechende Erinnerungskultur, ist daher in Polen diffus und leicht durch „nationale“ politische Gegenwartsinteressen beeinflussbar. In Deutschland hingegen – also auch in Sachsen – besteht der politische Faktor eher in der Scheu davor, die (eigene) Nation überhaupt als wesentliche historische Gestalt zu sehen; stattdessen tendiert man dazu, sie mit politik- und sozialwissenschaftlichen Methoden in eine Gemengelage von Einzelinteressen umzudeuten.

Erinnern sich die heutigen Sachsen überhaupt an die „Sachsenzeit“?

Bezogen auf Deutschland bzw. Sachsen bezieht sich all das oben Gesagte außerdem vornehmlich auf die Sicht der Fachhistoriker, die sich mit der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen befassen. Wie eingangs erwähnt, folgt aber die Erinnerungskultur, bei der es ja um das Bewusstsein der allgemeinen Bevölkerung geht, teilweise ganz anderen Regeln als die Wissenschaft. Fragt man nun danach, ob bzw. wie sich die sächsische Bevölkerung – bzw., laut Verfassung, „das Volk im Freistaat Sachsen“ – an jene Zeit erinnert, dann besteht zunächst die generelle Schwierigkeit, auf welcher Grundlage man ein solches Meinungsbild überhaupt erstellen kann. Lässt man die praktisch kaum umsetzbare Möglichkeit einer allgemei-

nen Umfrage außer Acht, so kann man sich am ehesten darauf stützen, in welchem Maß die uns interessierende Epoche in verschiedenen Medien der Wissensvermittlung berücksichtigt wird, aus denen die Bürger (wenn sie denn wollen) ihr historisches Wissen schöpfen.

Im Hinblick auf die Bildung der Jugend liegt es nahe, sich z. B. die in Sachsen verwendeten Schulbücher anzusehen. Dabei lässt sich feststellen, dass die Ära der beiden Auguste vor allem in der Mittelstufe (7. Klasse) als landesgeschichtliche Ausprägung des Barock behandelt wird. In unterschiedlichem Umfang werden dabei die Innen- und Außenpolitik Sachsens betrachtet; letztere allerdings schließt nur teilweise die sächsisch-polnische Union ein. Im Vordergrund steht eigentlich immer die – konkreten politischen Zwecken dienende – prachtvolle Hofhaltung und Kunstförderung in Dresden sowie die Persönlichkeit Augusts des Starken. Einige Autoren berühren auch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Zeit. Und immerhin die Mehrzahl der eingesehenen Werke beschreibt auch die Personalunion, wenn auch vor allem im Hinblick auf die damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten sowie – was durchaus den Tatsachen entspricht – der doch großen Unterschiedlichkeit der beiden Staatengebilde. Irgendein Enthusiasmus will sich vor diesem Hintergrund nicht recht einstellen; aber in der Tat ist es schwierig, diese Konstellation des absolutistischen Zeitalters zu unserer – noch immer – nationalstaatlich organisierten Zeit in Beziehung zu setzen. Es ergibt sich das gespaltene Bild, dass jene Epoche als „augusteisches Zeitalter“ zwar durchaus im kollektiven Gedächtnis präsent ist, aber eben weitgehend ohne das ‚transnationale‘ polnische Element.

Dieser Eindruck bestätigt sich bei der Betrachtung etwa der sächsischen Museumslandschaft. Hier ist das „augusteische Zeitalter“ zwar allgemein sehr präsent, allerdings haben die Museen – vor wie nach 1989/90 – weder in Dauernoch in Sonderausstellungen (auch solchen im Ausland) den polnischen Bezügen sonderlich Rechnung getragen. Eine große Ausnahme, die sich aber dem ungewöhnlichen politischen Rahmen verdankte, war die Ausstellung „Unter einer Krone. Kunst und Kultur der sächsisch-polnischen Union“, die 1997/98 anlässlich des 300. Jubiläums der Wahl Augusts des Starken zum König von Polen zunächst in Warschau und dann in Dresden gezeigt wurde.

Nach diesem frühen Höhepunkt in postkommunistischer Zeit ist die Intensität der Zusammenarbeit wieder stark zurückgegangen. In Sachsen spiegelt sich diese Epoche nicht nur in

Form von Ausstellungen, sondern fast mehr noch in Gestalt der Schlösser und anderen repräsentativen Gebäude, die damals entstanden sind. Ein großes Manko stellt hierbei aber der Umstand dar, dass die in Sachsen zu findenden Bauten nur selten – und nur bei genauem Hinsehen – direkte Hinweise auf die damalige Verbindung mit Polen aufweisen; umgekehrt sind im heutigen Polen kaum noch vergleichbare Zeugnisse vorhanden. Gerade in der Residenzstadt Warschau ist dies in hohem Maße auf die ausge-rechnet von deutscher Seite während des Zweiten Weltkriegs, besonders aber nach dem Warschauer Aufstand von 1944, vorgenommene systematische Zerstörung der Altstadt zurückzuführen. Dieser fielen auch viele Bauten aus der „Sachsenzeit“ zum Opfer, unter anderem das Brühlsche und das Sächsische Palais, dessen einziges verbliebenes Fragment heute das Grabmal des unbekanntes Soldaten beherbergt.

Nation oder Region? Spannungen zwischen deutscher und sächsischer Erinnerung und ihre Bedeutung für die Beziehungen zu Polen

Die Voraussetzungen für eine ähnlich intensive oder gar gemeinsame Erinnerung an die

sächsisch-polnische Union in Deutschland und Polen sind also in keinem Fall einfach. Noch weiter kompliziert sich das Ganze durch die schon zu Beginn angesprochene föderale Struktur von politischer und historischer Identität in Deutschland. Dass vorrangig der heutige Freistaat Sachsen sich – wenn auch sichtbar begrenzt – dieses Themas annimmt, um (unter anderem) dadurch sein historisch-kulturelles Profil zu stärken, ist nachvollziehbar und legitim. Jedoch knüpfen sich daran zwei Fragen:

1. Betrifft unser Thema denn überhaupt auch das außersächsische Deutschland, also die meisten Deutschen?
2. Falls ja, wie soll man es ggf. zwischen der landesgeschichtlichen und der gesamt-nationalen Erinnerungsebene verorten?

Man muss sich daran erinnern, dass diese Union nur deshalb so möglich war, weil im 18. Jahrhundert das Kurfürstentum innerhalb des Reiches eine Form faktischer Souveränität innehatte, wie das heutige Bundesland sie im deutschen Nationalstaat nicht hat und nicht haben kann. Hinzu kommt die oben angedeutete Nationalisierung des politisch-historischen Bewusstseins im 19. Jahrhundert. Unsere Zeit scheint allerdings geneigt, auch in dieser Hin-

Grabmal des Unbekanntes Soldaten in Warschau, Überbleibsel des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Sächsischen Palais



sicht den regionalen Kräften wieder mehr Raum zu geben. Dies entspringt nicht nur der Tradition, sondern auch einer Bejahung der europäischen Integration; die Europäische Union hat die Regionen explizit zu zentralen Trägern dieses Prozesses erklärt, um so die bestehende kulturelle Vielfalt zu wahren und dem bei vielen Menschen vorhandenen Gefühl der Überwältigung durch einen anonymen Brüsseler Machtapparat entgegenzuwirken.

Die deutschen Länder als verfassungsrechtlich stärkste Regionen in der EU unterstützen diese Entwicklung nachdrücklich und ziehen dabei weniger starke Regionen in anderen Staaten mit. In der 1992 angenommenen sächsischen Verfassung, Artikel 12, ist festgelegt, dass das Land Sachsen eine „grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit an[strebt], die auf den Ausbau nachbarschaftlicher Beziehungen, auf das Zusammenwachsen Europas und auf eine friedliche Entwicklung in der Welt gerichtet ist.“ Dagegen wird niemand etwas einwenden können; die Frage ist aber, welches Bild politischer Organisation und Kompetenz sich in diesen und ähnlichen Formulierungen niederschlägt, in denen Deutschland als politische Größe nicht vorkommt. Auch die Präambel der Verfassung nennt zwar die Mark Meißen als historische Keimzelle Sachsens, erwähnt aber das Reich bzw. den deutschen Gesamtstaat nicht und stellt erst in Artikel 1 fest, dass der Freistaat „ein Land der Bundesrepublik Deutschland“ sei.

Ein ähnlicher regionaler Schwerpunkt zeigt sich auch im Auftreten zivilrechtlicher Vereinigungen, die sich der Förderung der „sächsisch-polnischen Beziehungen“ verschrieben haben und so direkt oder indirekt auf die Zeit der Union Bezug nehmen. Die Societas Jablonoviana e. V. (Fürstlich Jabłonowskische Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig) tut dies explizit schon dadurch, dass sie auf eine Stiftung des Namensgebers, eines nach Sachsen emigrierten polnischen Adligen, an der Leipziger Universität im späten 18. Jahrhundert zurückgeht. Wissenschaftlich ausgerichtet und primär aus Akademikern bestehend und sich an solche wendend, ist sie von begrenzter öffentlicher Sichtbarkeit, aber nicht ohne Einfluss auf die Politik. Ihre Zielsetzung ist kurz gesagt Werbung für Polen als Standort von Kultur und Wissenschaft; jedoch wirkt sie von ihrem Sitz in Leipzig aus in ganz Deutschland.

Wesentlich praktischer orientiert ist die Deutsch-Polnische Gesellschaft (DPG) Sachsen – Gesellschaft für sächsisch-polnische Zusammenarbeit e.V. mit Sitz im Ignacy-Kraszewski-Museum in Dresden. Dieses ist selbst ein direk-

ter Erinnerungsort an die Union, schuf sein Namensgeber als Emigrant in Sachsen doch die bis heute – vor allem in Polen – wirkungsmächtigste literarische Darstellung der „Sachsenzeit“. Wie alle Sektionen ihres regional organisierten Dachverbands hat sich die DPG Sachsen eine recht direkte politische Werbung für Polen vor dem Hintergrund „historischer Versöhnungsarbeit“ zum Ziel gesetzt. Die Resultate dieser Arbeit schwanken zwischen interessanten lokal- und regionalgeschichtlichen Veranstaltungen, die tatsächlich grenzüberschreitende Verbindungen stiften können, einerseits und der eher unkritischen Wiedergabe nationalistischer polnischer Geschichtsbilder andererseits. Dabei wird nicht selten das Bild des „guten“ – und polenfreundlichen – Sachsens dem eines „historisch belasteten“ (Preußen-) Deutschland gegenübergestellt.

In letzterer Hinsicht am weitesten geht jedoch die am 3. Mai 2011 – 220 Jahre nach der Annahme der polnischen Verfassung von 1791 – gegründete Sächsisch-Polnische Gesellschaft Leipzig. Ihr erklärtes Ziel der „Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedanken, um einen Beitrag zur Vertiefung bilateraler Beziehungen zwischen Sachsen und Polen im gemeinsamen Haus Europa zu leisten, sowie die transnationale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern“, sieht von einer deutschen Ebene der politischen und kulturellen Verankerung völlig ab. Das Bundesland Sachsen und der Nationalstaat Polen können demnach innerhalb der EU eigenständige Beziehungen unterhalten. Dies kann man als eine optimistische Vision eines befriedeten und informellen europäischen Raums verstehen; jedoch handelt es sich wohl vor allem um die Ausnutzung der „Europäisierung“ für eine partikularistische Abkehr von der gesamtdeutschen politischen Gemeinschaft. Hierfür sprechen auch eine Umdeutung Napoleons in einen Vorreiter der europäischen Einigung und damit verbunden die – von wenig genuinem Wissen geprägte – Übernahme der entsprechenden polnischen Sichtweise. Hier hat man es mit dem Extremfall einer deutsch-polnischen „Verständigung“ zu tun, die dadurch zustande kommt, dass ein deutscher Standpunkt gar nicht mehr definiert wird. Dies ist mit keiner deutschen Staatsräson oder Erinnerungskultur mehr vereinbar; es widerspricht aber auch der polnischen Sicht, die Europa gerade auf klar konturierten nationalen Kulturen aufgebaut sehen will. Hiervon könnte die deutsche Seite durchaus noch lernen.

Autor

Dr. Jens Boysen
Deutsches Historisches
Institut Warschau
Pałac Karnickich
Aleje Ujazdowskie 39
00-540 Warszawa